

Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen „LeiharbeiterInnen und Stammbeschäftigte gleich behandeln“ (Drs. 17/563)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Bei Punkt 2 a wird folgender Satz angefügt:

„Sind ArbeitnehmerInnen in der Zeit ihrer Überlassung unter die Regelung eines branchenspezifischen Mindestlohns gefallen, darf ihr Entgelt in einer anschließenden überlassungsfreien Zeit diesen nicht unterschreiten.“

2. Bei Punkt 2 e werden folgende Sätze angefügt:

„Dauert die Einsatzzeit länger als 12 Monate, so hat der Entleihbetrieb bei Beendigung der Überlassung darzulegen, warum eine Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis nicht möglich ist. Bei der Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis kann keine Probezeit vereinbart werden, wenn die Überlassung länger als 6 Monate gedauert hat.“

3. Nach Punkt 2 g wird folgender Punkt 2 h angefügt:

„Eine Entleihung an Betriebe, die unmittelbar von Arbeitskämpfen betroffen sind, ist nicht möglich. Befinden sich bereits entlehene ArbeitnehmerInnen in einem Entleihbetrieb, der unmittelbar von Arbeitskämpfen betroffen ist, so ist die Entleihung für die Dauer des Arbeitskampfes auszusetzen.“

Inga Nitz, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/aenderungsantrag-zum-dringlichkeitsantrag-der-fraktionen-spd-und-bu>